

Finanzplatz Liechtenstein: «Man schlägt den Sack und meint den Esel»

Angeregte Landtagsdebatte zu den Gesetzesänderungen im Bereich des Finanzplatzes

«Den Ärger über die ungerechte Behandlung Liechtensteins durch die FATF müssen wir beiseite lassen», waren sich Landtagsvizepräsident Otmar Hasler und VU-Fraktionssprecher Peter Sprenger einig, als sich der Landtag gestern in seiner «Nachtragsitzung» nochmals mit den Gesetzesrevisionen im Bereich des liechtensteinischen Finanzplatzes beschäftigte. Zur Debatte stand die Abänderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung sowie weiterer damit zusammenhängender Gesetze.

Peter Kindle

«Die Gesetzesrevisionen geniessen nun erste Priorität», bemerkte Landtagsvizepräsident Otmar Hasler, als sich der Landtag gestern mit der Gesetzesrevision des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung sowie weiterer damit zusammenhängender Gesetze beschäftigte. Auch VU-Fraktionssprecher Peter Sprenger konnte diese Meinung teilen: «Jetzt erst recht!», so die Aussage des VU-Fraktionssprechers. «Wir müssen nun den Ärger über die ungerechte Behandlung der FATF beiseite lassen und Selbstbewusstsein zeigen». Otmar Hasler betonte, dass es gerade innerhalb dieser Debatte auch darum gehe, über das Faktum der Aufnahme auf die «schwarze Liste» der FATF zu spre-



Einigkeit bei Landtagsvizepräsident Otmar Hasler und VU-Fraktionssprecher Peter Sprenger: Trotz der ungerechten Behandlung durch die FATF geniessen die Gesetzesrevisionen erste Priorität. (Bilder: bak)

Schelte betreffend ihrer Aussagen, welche sie an der Medienkonferenz von vergangenen Freitag tätigte. Die Aussenministerin würdigte die Freundschaft zu den ausländischen Staaten und bedankte sich bei diesen für Fairness und Bereitschaft zum Zuhören.

Wir hätten gerne Informationen gehört. Der Landtag hat ein Recht darauf». Zudem stellte Johannes Matt die Frage, ob nun die geplanten Änderungen im Bereich der Sorgfaltspflichten genügen werden. Landtagspräsident Peter Wolff nahm die kritisierte Aussenministerin, welche gestern an einer Konferenz in «Warschau weilte, in Schutz: Die Kritik sei nicht berechtigt, weil die Zusammenhänge in einem zeitversetzten Rahmen gesehen werden müssten. Man sei nicht auf der «schwarzen Liste», weil man in den letzten Wochen etwas unterlassen oder getan hätte – vielmehr bei dies in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten passiert. So seien die Bemühungen der Aussenministerin in Ordnung. Diese würden von der FATF auch entsprechend honoriert, denn «steter Tropfen höhlt den Stein», so Landtagspräsident Peter Wolff.

Regierung soll Klartext sprechen

Johannes Matt nahm in seinem Votum die Gelegenheit wahr, an die Regierung zu appellieren, endlich ein Konzept vorzulegen, wie es weiter gehen soll. Es sei nun an der Zeit, Klartext zu sprechen, um Informationen zu erhalten, so der FBPL-Abgeordnete.

Auch der FBPL-Abgeordnete Rudolf Lampert zeigte sich entrüstet über die Vorgehensweise der Regierung: «Für mich ist es erstaunlich, dass von der Regierung in Anbetracht der Lage immer wieder auf die gute Gesetzeslage hingewiesen wird. Sie hat dies lange genug getan». Obwohl sich der FBPL-Abgeordnete sehr positiv zu den geplanten Gesetzesrevisionen äusserte, verurteilte er die panikartige Inkraftsetzung dieser geänderten Gesetze. Zu-

dem formulierte der FBPL-Abgeordnete, dass er die Panik der Regierung nicht verstehen könne, propagiere diese nun schon seit langer Zeit, dass die Gesetze auch in der bestehenden Fassung gut seien. Justizminister Heinz Frommelt stützte die Aussage der Regierung, dass Liechtenstein im Bereich der Finanzdienstleistungen über gute Gesetze verfüge, auf eine entsprechende Prü-



Paul Vogt verlangte die Beantwortung der Interpellation, welche von der Freien Liste vor einiger Zeit eingereicht wurde.

fung durch die ESA. Er gestand jedoch ein, dass sich diese Einschätzung durch «die ständige Entwicklung» geändert habe. So führte Regierungsrat Heinz Frommelt ins Feld, dass in Sachen Geldwäscherei auch in Frankreich und den USA Gesetzesrevisionen im Gange seien und Deutschland diese Revisionen vorbereite. Der Justizminister erklärte dem Parlament erneut, dass die bestehenden Gesetze gut seien, «jedoch da und dort eine Revision nötig ist». Den grössten Bedarf nach Revisionen sah der Justizminister beim Rechtshilfegesetz.

Kritik an Sonderstaatsanwalt Spitzer

Auch Sonderstaatsanwalt Kurt Spitzer wurde von Rudolf Lampert stark kritisiert. «Es ist für mich kein Wunder, dass Liechtenstein auf der schwarzen Liste ist, wenn Sonderstaatsanwalt Spitzer dies schon vor der Entscheidung der FATF öffentlich bekannt gibt. Ich bin aufgebracht, dem Land wird dadurch geschadet». Rudolf Lampert betonte, dass er sich dafür einsetze, dass alles aufgedeckt werde, hielt aber gleichzeitig fest, dass er die Medienauftritte Spitzers verurteile, weil diese schädlich seien. Zudem appellierte er an die Regie-

rung, entsprechende Gegenmassnahmen zu ergreifen.

Justizminister Heinz Frommelt griff dem gescholtene Sonderstaatsanwalt Kurt Spitzer verbal unter die Arme: «Interviews in dieser Sache zu geben, ist problematisch». Aufgrund des Informationsgesetzes unseres Landes seien die Interviews aber auf gesetzlicher Grundlage abgestützt. Auch Paul Vogt, Landtagsabgeordneter der Freien Liste, unterstützte Kurt Spitzer. Er lobte dessen gewissenhafte Arbeit und verurteilte kritische Anmerkungen gegenüber dem österreichischen Sonderstaatsanwalt scharf.

Konzept der Regierung steht fest und wird weitergezogen

Justizminister Frommelt erklärte dem Parlament das weitere Vorgehen der Regierung: Wie an der Medienorientierung vom letzten Freitag festgehalten wurde, erklärte der zum konzeptionellen Weg der Regierung, dass die eingeleiteten Gesetzesrevisionen zu Ende gebracht werden. «Zudem werden wir zusätzliche Änderungen im Bereich der Sorgfaltspflicht prüfen, wie sie von Johannes Matt angeregt werden». Bei der FATF habe sich die Regierung abgesichert, dass die Änderungen im Bereich des Vollzuges und der Gesetze ausreichend seien, um wieder von der «schwarzen Liste» gestrichen zu werden.

Fragen über Fragen

Fragen über Fragen im Bereich des Finanzplatzes gebe es, stellte der FBPL-Abgeordnete Alois Beck fest. Er habe bis anhin den Eindruck nicht gewinnen können, dass die Regierung mit dem notwendigen Ernst vorgehe. «Vor allem aufgrund der mangelhaften Informationen zu Handen des Landtages kann ich im Moment die ernsthaften Bemühungen der Regierung nicht sehen», so Alois Beck. «Man schlägt den Sack und meint den Esel» so der FBPL-Landtagsabgeordnete weiter, als er auch den Zusammenhang der Ereignisse mit der von der EU angestrebten Steuerharmonisierung ansprach. Zudem würden uns die Auswirkungen im Bereich der Anpassung der amerikanischen Quellensteuer bald einholen, wenn es um Käufe von US-Wertschriften gehe, stellte Alois Beck fest.

Regierung schuldet noch Antworten

Die Abgeordneten der Freien Liste machten Regierungsrat Heinz Frommelt darauf aufmerksam, dass noch immer die Beantwortung ihrer Interpellation mit Fragen über den Finanzplatz fehle. Auch Alois Beck erwähnte, dass die Regierung die Antworten auf ein FBPL-Postulat noch immer schuldig geblieben sei. Regierungsrat Heinz Frommelt bedauerte die Versäumnisse konnte aber glaubhaft erklären, dass aufgrund der massiven Arbeiten durch den FATF-Bericht die personellen Ressourcen für eine Beantwortung nicht vorhanden gewesen seien.



Johannes Matt: «Die Aussagen der Aussenministerin über unsere ausländischen Freunde haben mich hart berührt».



Justizminister Heinz Frommelt musste die Fragen der Parlamentarier beantworten und das weitere Vorgehen der Regierung aufzeigen.

chen. «Der Druck aus dem Ausland wird erhöht, auch wenn wir uns ungerecht behandelt fühlen», so der Landtagsvizepräsident.

Bericht der Regierung gefordert

Im Sinne einer umfassenden Aufklärung stellte Landtagsvizepräsident Otmar Hasler die Forderung an die Regierung, dass er einen schriftlichen Bericht im Zusammenhang mit der Bewertung Liechtensteins durch die FATF zu Handen des Landtages erwarte. «Schönrederei ist nun sinnlos», so Otmar Hasler, «wir wollen weg von der schwarzen Liste». Dazu sei eine innenpolitische Einigung gefordert. Den Bericht, den der Landtagsvizepräsident erwarte, beinhalte auch die Bewertungskriterien der FATF. «Gerade für den Landtag ist es unerlässlich, diese Kriterien zu kennen». Auch Alois Beck forderte von der Regierung die Kenntnisnahme der FATF-Berichte ein. «Erst wenn das Parlament den Inhalt des FATF-Berichtes kennt, ist es möglich zu beurteilen, ob die zu schaffenden gesetzlichen Grundlagen ausreichend sind».

Brüskierendes Auftreten von Aussenministerin Andrea Willi

Aussenministerin Andrea Willi bezog von den Parlamentariern eine massive

Während Landtagsvizepräsident Otmar Hasler feststellte, dass er die von der Aussenministerin angesprochene Freundschaft ausländischer Staaten nicht erkennen könne, fand der FBPL-Abgeordnete Johannes Matt klarere Worte: «Die Aussagen der Aussenministerin über unsere ausländischen Freunde haben mich hart berührt. Ich empfinde es nun geradezu als Affront, dass die Aussenministerin an der heutigen Landtagssitzung nicht anwesend ist.



Die FBPL-Abgeordneten Alois Beck und Rudolf Lampert äusserten Kritik am Vorgehen der Regierung und am Medienwirbel von Sonderstaatsanwalt Spitzer.